

Gescheiterte Integration als Katalysator gesellschaftlicher Destabilisierung

Fakten und Zusammenhänge jenseits der offiziellen Diskursverwirrung

Von

Hartmut Krauss

Einleitung

Eine kritische Betrachtung zuwanderungsbedingter Probleme steht hierzulande vielfach immer noch unter dem vorurteilsgesteuerten Generalverdacht der Fremdenfeindlichkeit. Dabei geht es im Interesse einer tabufreien Analyse gar nicht darum, sämtliche Zuwanderer von vornherein auszugrenzen oder aber negativ zu bewerten, sondern im Gegenteil darum, reale Integrationshemmnisse zu benennen und die tatsächliche Anhäufung von desintegrativen Indikatoren bei bestimmten Gruppen von Zuwanderern nicht von vornherein durch das Aufstellen von ideologischen Verbotsschildern zu verschleiern.

Nun ist es aber leider so, dass allein schon das faktenbasierte Ansprechen von grundrechtswidrigen Einstellungen und Handlungsweisen insbesondere auf Seiten von muslimischen Migranten¹ sowie der Hinweis auf die Korrespondenz zwischen (a) islamischen Glaubensgrundlagen, (b) der subjektiven Praxis von streng gläubigen Muslimen und (c) desintegrativen Effekten auf unterschiedlichen Gebieten sofort ein vielfältig zusammengesetztes Diffamierungskartell auf den Plan rufen, das in stereotyper Weise seine aggressiven Abwehrmechanismen in Stellung bringt und unversehens seine Lieblingsetikettierungen absondert: „Rassismus“ und „Islamophobie“. An Stelle einer kritisch-realistischen Analyse tritt uns hier eine pseudowissenschaftliche Apologetik entgegen, die strikt nach dem realitätsverleugnenden Imperativ verfährt: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“. Realitätsabwehr und Verleumdung bilden so oftmals eine untrennbare Einheit.

Hinter dieser aggressiven Realitätsabwehr steckt nicht zuletzt der Tatbestand, dass im Zeichen der Globalisierung zahlreiche auf nichtwestliche Herrschaftskulturen projizierte ideologische Mythen und Wunschbilder einem desillusionierenden Härtetest ausgesetzt werden. So ist ‚Globalisierung‘ ja nicht nur ein ökonomischer Prozess, sondern insbesondere ein Vorgang der Beschleunigung und Verdichtung interkultureller Information bzw. der Intensivierung

¹ Es kann anhand des vorliegenden Faktenmaterials nicht ernsthaft bestritten werden, dass die Gruppe der türkisch-islamischen Einwanderer in quantitativer und qualitativer Hinsicht im Zentrum der „Integrationsdebatte“ steht. Im Folgenden wird sich dieser Sachverhalt auf allen relevanten Ebenen zeigen.

interpersoneller Wahrnehmung. Gestützt auf die neuen technologisch perfektionierten Transport- und Kommunikationsmittel nimmt die Expansionskraft, Menge und Umlaufgeschwindigkeit von Informationen, Nachrichten und Bildern - bei gleich bleibender menschlicher Verarbeitungskapazität - ständig zu. Inhaltlich bedeutet diese tendenzielle Reizüberflutung nicht zuletzt die nunmehr nahezu permanente Anwesenheit der Andersartigkeit bislang nahezu unbekannter Kulturen. Besaß vormals das nur bruchstückhaft und nebulös bzw. nur vom Hörensagen gewahr gewordene Fremde noch den Reiz des Exotischen /Sagenumwobenen, so verliert sich diese Faszinationskraft/Neugier nun in der ständigen, profan und mitunter aufdringlich gewordenen Dauerpräsenz des Fremden. Bei näherer und dauerhafter Betrachtung des vormals Unbekannten/Fremden/Andersartigen erweist sich dieses oftmals als fragwürdig, diskrepant, inakzeptabel etc. Globalisierung, Informationsverdichtung und – Beschleunigung provozieren auf diese Weise eine geistig-moralische (weltanschaulich-normative) Fragmentierung, d. h. die verstärkte Erfahrung und Bewertung kultureller Differenz oder besser: Gegensätzlichkeit. Vor dem Hintergrund des Nichtvorhandenseins eines allgemeinverbindlichen Wertekonsenses stärkt Globalisierung demnach nicht das menschliche Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern schwächt es vielfach.

Intensiviert wird diese negative Wechselbeziehung zwischen Globalisierung und kultureller Fragmentierung durch die in den letzten Jahrzehnten zunehmende Migration. Exemplarisch lässt sich das am Raum Westeuropas verdeutlichen: „Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lebten etwa 800.000 Muslime in Westeuropa, zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind es bereits weit mehr als 15 Millionen. Schätzungen zufolge wird sich die Zahl der Muslime in Westeuropa bis zur Mitte des neuen Jahrhunderts verdreifachen“ (Tibi 2002, S. 193). In diesem Kontext spielt nicht zuletzt auch die illegale Zuwanderung eine beträchtliche Rolle. „Nach Angaben von Europol schmuggeln Schleuserbanden jährlich ungefähr eine halbe Million Menschen aus Afrika, dem Mittelmeerraum, Zentral- und Südasiens nach Europa; dafür kassieren sie 17,6 Milliarden DM“ (ebenda, S. 18).

Diese damit enorm intensivierten Erfahrung kultureller Differenz/Gegensätzlichkeit ruft nun zwangsläufig eine (politisierungsfähige) kognitive Dissonanz hervor, für deren Verarbeitung gemeinhin zwei unmittelbarkeitsfixierte Deutungs- und Handlungsmuster bereitgehalten werden:

1) abstrakt-pauschale Fremdenfeindlichkeit, zumeist gepaart mit nationalistischer/wohlstandschauvinistischer und nur noch relativ selten mit rassistischer Ideologie (rechte Variante), und

2) abstrakt-pauschale Fremdenfreundlichkeit, oftmals gepaart mit multikulturalistischer bzw. kulturelrelativistischer Ideologie („linke“ Variante).

Angesichts dieser sich wechselseitig negierenden und emotional hochschaukelnden Bipolarität der vorherrschenden Einstellungsmuster hat es ein drittes, m. E. allein adäquates Verarbeitungsmuster der beschriebenen Dissonanz schwer, sich zureichend Gehör zu verschaffen, nämlich die *unmittelbarkeitsüberschreitende (herrschafts-)kritische Analyse und Bewertung des Fremden auf der Basis emanzipatorischer Maßstäbe, die man auch an sich selbst und die eigene Herkunftskultur anlegt und insofern eine gleichberechtigt-solidarische Beziehung zwischen „Ich und Du“ ermöglichen*. Charakteristisch für diese dritte kritisch-emanzipatorische Position sind folgende Merkmale: Sie ist nicht vorausurteilend sondern auf reale Sachverhalte und Merkmale konzentriert, korrekturoffen und basiert auf konkreten (transparenten) Begründungen. Ausschlaggebend für die Analyse und Bewertung ist nicht die - entweder verteuflte oder romantisierte - Fremdheit des Anderen, sondern sind die Beschaffenheit seiner praktizierten Gesinnung, seiner Intentionen und handlungsrelevanten

Überzeugungen (in Abhebung von sekundären Aspekten wie Äußerlichkeiten, Körpermerkmale, Eßgewohnheiten etc.).

Zweifellos ist es eine Grundaufgabe der fortschrittlich-herrschaftskritischen Kräfte, der rassistisch und ‚nationalegoistisch‘ (wohlstandschauvinistisch) unterfütterten abstrakt-pauschalen Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten und sie massiv in die Schranken zu weisen. Ebenso entschieden ist aber auch der verleumderischen Praxis entgegenzutreten, begründete Kritik an reaktionären/totalitären Ausländern bzw. Migranten als „rassistisch“ zu brandmarken und auf diese Weise hysterisch zu tabuisieren. Diese Tabusetzung aus dem Geist einer undifferenzierten Fremdenliebe ist in doppelter Weise kontraproduktiv: Zum einen treibt sie Menschen mit begründeter ausländerkritischer, aber nicht rechtsextremistischer Einstellung in die Arme rechtspopulistischer Demagogen, zum anderen fungiert sie als geistiges Schutzschild für rechtsradikale/fundamentalistische Ausländergruppen und Organisationen. Der Anspruch einer ‚edlen‘, fortschrittlich-humanistischen Gesinnung verkommt hier - unter dem Vorwand kulturalistischer Ideologie - zur schnöden Apologetik zutiefst reaktionärer Kräfte.

I. Sozialökonomische Strukturveränderungen als integrationspolitische Rahmenbedingung

Der Begriff ‚Integration‘ bezeichnet den mehrdimensionalen Prozess der Eingliederung von Zuwanderern in ein konkretes, nationalstaatlich geregeltes und kulturhistorisch gewachsenes Gesellschaftssystem mit spezifischen (z. B. sprachlichen, qualifikatorischen, normativen etc.) Anforderungsstrukturen. Im Zentrum steht hierbei die sozialökonomische Integration, deren harter Kern wiederum die berufliche Eingliederung ist. In dem Maße nun, wie sich das System der gesellschaftlichen Erwerbsarbeit im Aufnahmeland objektiv verändert, hat das unmittelbar (positive oder negative) Auswirkungen auf das Möglichkeitsfeld der sozialökonomischen Integration.

Die letzten drei Jahrzehnte waren nun ganz elementar gekennzeichnet durch den Übergang von der extensiv erweiterten Reproduktion mit einem hohen Material-, Energie- und Personaleinsatz, einer Zentrierung von Schwerindustrie und industrieller Massenproduktion und einer fordistisch-keynesianistischen Regulierungsweise zum Typus der intensiv erweiterten Reproduktion mit einem Einsatz neuer material-, energie- und personalsparender Technologien, einer „postindustriellen“ Schwerpunktverlagerung zum Dienstleistungssektor und einer „postfordistisch“-neoliberalen Regulierungsweise.

Wesentliche Effekte dieses Übergangsprozesses sind:

- a) Eine einschneidende Veränderung der Qualifikationsanforderungen mit dem Resultat des Absinkens der Nachfrage nach gering bzw. einfach qualifizierter („ungelernter“) Arbeitskraft;
- b) Die Herausbildung einer konstant hohen chronischen Massenarbeitslosigkeit in relativer Unabhängigkeit vom konkreten Konjunkturverlauf (strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit);
- c) Eine umfassende Umgestaltung der Arbeitsorganisation sowie eine systematische Deregulierung der Vertragsverhältnisse zwischen Unternehmern und Beschäftigten vermittels erhöhter Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen an die Lohnabhängigen (Einrichtung „teilautonomer Arbeitsgruppen“, Lockerung des Kündigungsschutzes und der Arbeitszeitregelungen etc). Dadurch wird zum einen der Konkurrenzdruck zwischen den Beschäftigten erhöht und zum anderen der Zwang zur Hinnahme von Arbeitsverschlechterungen (Lohnsenkung, Überstunden, höheres Arbeitstempo etc.) bei Strafe des Arbeitsplatzverlustes verstärkt.
- d) Dieser Umgestaltungs- und Deregulierungsprozess beinhaltet eine profitable „Entschlackung“ der Belegschaften mit dem sozialökonomisch bedeutsamen Effekt der

„Prekarisierung“ der Beschäftigungsverhältnisse durch Abbau von Arbeitsplätzen, Zunahme befristeter Teilzeitjobs, Spaltung in Stamm- und Randbelegschaften, Leiharbeit, Mini- und Ein-Euro-Jobs. „Während die Zahl der Erwerbstätigen in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen von 1997 bis 2007 um 1,5 Millionen gesunken ist, stieg die Anzahl der Personen in neuen oder atypischen Beschäftigungsformen in diesem Zeitraum um 2,6 Millionen an. Insgesamt ergibt sich für alle abhängig Beschäftigten eine Zunahme um 1,1 Millionen“.² In diesem Kontext wächst auch die Zahl jener Gruppe von Lohnabhängigen, die zwar einer Erwerbstätigkeit (als Vollzeit- oder Teilzeitarbeiter) nachgehen, aber dennoch nicht von ihrem daraus erzielten Einkommen leben können und deshalb zur Sicherung ihres Existenzminimums Arbeitslosengeld II beziehen müssen.³

Diese sozialökonomische Strukturveränderung, die eine hierarchische Gruppenbildung innerhalb der ‚Klasse der Lohnabhängigen‘ impliziert, ist nun mit einem demographischen Wandlungsprozess verknüpft, der folgende Haupttendenzen ausweist:

1) Während die Zahl der alten (oberhalb des gesetzlichen Rentenalters) und sehr alten Menschen infolge sinkender Sterblichkeit und zunehmender Lebenserwartung stetig wächst, sinkt andererseits ebenso stetig die Zahl junger Menschen aufgrund eines längeren Trends relativ niedriger Geburtenraten innerhalb der einheimischen Bevölkerung⁴.

2) Aufgrund einer bislang höheren Reproduktionsrate⁵ steigt der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung auch bei einer relativ konstant niedrig bleibenden Zuwanderungsrate sehr deutlich an. Selbst bei einem völligen Zuwanderungsstopp würde sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil der Migranten in den nächsten Jahrzehnten wachsen. Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW in einer Bevölkerungsvorausberechnung ermittelt hat, nimmt die „nichtdeutsche Bevölkerung“ von 1998 bis 2015 durch Geburtenüberschüsse um 23,4% zu und die deutsche Bevölkerung um 7,9% ab (Birg 2001, S. 24). Betrachtet man den zurückliegenden Zeitraum von 1996 bis 2006, so „erhöhte sich die Zahl der Migranten in Deutschland um 3,5 Millionen bzw. 23 Prozent von 15,3 auf 18,8 Millionen. Dagegen ging die Zahl der Ansässigen im gleichen Zeitraum um reichlich 2,8 Millionen bzw. vier Prozent von knapp 65,6 auf 62,7 Millionen zurück“ (Miegel u. a. 2008, S.12).

Nicht die Anteilsverschiebung zugunsten der Migranten „an sich“ stellt aber das eigentliche Problem sein, sondern vielmehr die konkrete Konstitution der Mehrheit der Zuwanderer bzw. die reale Beschaffenheit der individuellen Vergesellschaftung der nachwachsenden Zuwanderergenerationen, d. h. deren familiensozialisatorisch, erzieherisch, schulisch-bildungsinhaltlich, medial etc. bedingte Entwicklung. Ausschlaggebend ist hier das quantitative

² Vgl. innovations-report 09.09.2008 URL: http://www.innovations-report.de/html/berichte/wirtschaft_finanzen/neue_beschaeftigungsformen_praegen_117772.html

³ Laut einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit von Anfang Dezember 2008 hat sich die Zahl der sogenannten Aufstocker, deren Arbeit mindestens 800 Euro brutto im Monat einbringt, von Januar bis Juli 2008 von 369.597 auf 384.467 Personen erhöht. Gleichzeitig ist auch die Zahl jener Aufstocker, deren Bruttoverdienst zwischen 400 und 800 Euro betrug, im selben Zeitraum um fast 12.000 auf 243.550 gestiegen.

⁴ „Im Jahr 1919 überwogen eindeutig die Kinder- und Jugendlichenanteile mit rd. 44% der damals lebenden Bevölkerung. Heute ist in Deutschland nur noch rd. jede/r Fünfte unter 20 Jahre alt. Der Altenanteil, d. h. der Anteil der 60 Jahre und älteren Menschen an der Bevölkerung, stieg dagegen von ehemals rd. 8 auf rd. 24%. Darunter erhöhte sich der Anteil der Hochbetagten, der über 80-Jährigen, der damals noch nicht einmal ein halbes Prozent ausmachte, auf rd. 4%“ (Roloff 2004, S. 9f.). Nach einer im Dezember 2008 der Öffentlichkeit vorgestellten Studie der Bertelsmann-Stiftung soll die Zahl der über 80-Jährigen von 2006 bis 2025 um 70 Prozent steigen und sich damit der Anteil der Hochbetagten an der Gesamtbevölkerung auf mehr als 8 Prozent verdoppeln. Im selben Zeitraum soll das Durchschnittsalter der Bundesbürger von 42 Jahren auf 47 Jahre steigen (vgl. Neue Osnabrücker Zeitung vom 9. Dezember 2008, S. 1).

⁵ Nur 11 Prozent der deutschen Familien haben drei und mehr Kinder. Bei den Ausländern sind es 22,5 Prozent, wobei der Anteil bei den Türken mit 30 Prozent am höchsten und bei Ausländern aus der Europäischen Union mit 16 Prozent am niedrigsten liegt.

Gewicht sowie die Zählebigkeit mitgebrachter traditionalistischer Sozialisationsmuster, die folgende dominanten Merkmale aufweisen: Bildungsferne; vormodern-religiöses (antiemanzipatorisches) Welt- und Menschenbild; autoritär-patriarchalische Grundnormen; eine ‚geschlossene‘, auf emotionale Korrumpierung, Einschüchterung/Gewaltandrohung und –anwendung basierende (Sub-)Kultur der Ehre sowie eine auf Abstand zur Aufnahmegesellschaft bedachte Bildung von gegengesellschaftlichen Milieus („Assimilationsphobie“). Dabei erweist sich der Subjekteffekt dieser traditionalistischen (vormodernen) Sozialisation in doppelter Hinsicht als dysfunktional bzw. integrationshemmend: Zum einen wird dadurch die individuelle Aneignung eines anforderungsadäquaten Bildungs- und Qualifikationsprofils systematisch erschwert und zum anderen die eigenständig-reflexive Orientierung in einer inhomogenen spätkapitalistischen Gesellschaft mit ihren spezifischen Risiko- und Optionspotentialen elementar behindert.

Damit rücken bereits die zwei Seiten des integrationspolitischen Grundwiderspruchs ins Zentrum der Betrachtung: Nämlich: Zum einen die selektiven Wirkungen des spätkapitalistischen Arbeitsmarktes, auf dem unqualifizierte und verhaltensstrukturell „sperrige“ Arbeitskräfte - unabhängig von der ethnischen Herkunft ihrer Träger - auf eine zunehmend geringer werdende Nachfrage treffen. Zum anderen die subjektiven Effekte der traditionalistischen Sozialisation, die in Form von mangelhafter Sprachkompetenz und anforderungswidriger Bewusstseins- und Persönlichkeitsbildung (religiöser Verhaltensdogmatismus, Männlichkeitskultur und archaische Ehrenmoral etc.) zusätzlich desintegrierend wirken. D. h.: die traditionalistisch sozialisierten Jugendlichen und Erwachsenen sind den ‚normalen‘ spätkapitalistischen Lebensrisiken ausgesetzt (und nicht etwa einer ‚fremdenfeindlichen‘ Verschwörung von Einheimischen). Gleichzeitig sind sie aber durch ihre vormoderne Sozialisation auf deren Bewältigung vergleichsweise schlechter vorbereitet als Einheimische und westlich-modern sozialisierte Zuwanderer. Die daraus resultierende Erfahrung gruppenspezifischer Ungleichheit wird dann wiederum oftmals auf regressive Weise im Kontext der verinnerlichten traditionalistischen (islamischen) und/oder nationalistisch-identitätspolitischen Herrschaftsideologie verarbeitet und führt bei manchen Betroffenen zu ausgeprägten Radikalisierungen in Richtung auf islamistische und/oder nationalistische Orientierungen.

Insgesamt kristallisiert sich damit aus der komplexen Verlaufsvielfalt gleichzeitig stattfindender gesellschaftlicher Prozesse folgende zukünftige Problemkonstellation heraus: In einer älter werdenden Gesellschaft mit einer deutlichen Erhöhung der durchschnittlichen qualifikatorischen Anforderungen an den „Gesamtarbeiter“ vergrößert ein hoher Anteil von bildungsschwachen und dysfunktional sozialisierten Zuwanderern zum einen das Problem der Reproduktion von bedarfsgerechten „Fachkräften“. Zum anderen wirkt sich dieser Anteil in gesellschaftlich mehrdimensionaler Hinsicht als spürbarer Belastungs- und Destabilisierungsfaktor aus.

II. Arbeitslosigkeit und Armut als Ausdruck gescheiterter Integration

Ein wesentlicher Indikator für gelingende oder misslingende Integration ist der Umfang der Arbeitslosen unter Zuwanderern sowie deren Anteil an der Gesamtheit der registrierten Arbeitslosen. Unabhängig vom Konjunkturverlauf und der Gesamtmenge der registrierten Arbeitslosigkeit ist der Anteil von arbeitslosen Zugewanderten - über einen längeren Zeitraum beobachtet - konstant doppelt so hoch wie der Anteil von Einheimischen ohne Migrationshintergrund. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren so auch 2007 Menschen mit Migrationshintergrund im Alter von 25 bis 65 Jahren mit 14 Prozent nahezu doppelt so häufig erwerbslos wie jene ohne. Auch gingen 12,6 Prozent ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach gegenüber 8,4 Prozent aller Erwerbstätigen. Vor allem waren davon

Menschen ohne einen deutschen Pass mit einer Erwerbslosenquote von 16 Prozent betroffen. Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bei Zuwanderern im Zeitvergleich, dann stieg die Arbeitslosenquote bei Migranten ohne deutsche Staatsbürgerschaft zwischen 1986 und 2006 von 13,7 auf 23,6 um über 70 Prozent. Im Vergleich hierzu erhöhte sich die Arbeitslosenquote der Deutschen - inklusive der Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft - von 8,6 auf 11 um 28 Prozent (vgl. Miegel u. a. 2008, S. 335f.).

Im Gesamtvolumen der registrierten Arbeitslosenzahl spiegeln sich somit vor allem zwei grundlegende Faktoren: 1) die Deindustrialisierung Ostdeutschlands im Zuge der Wiedervereinigung sowie 2) die reproduktive Konzentration unterdurchschnittlich qualifizierter Zuwanderer im erwerbsfähigen Alter in Westdeutschland.

Infolge der dargelegten sozialökonomischen Veränderungsprozesse hat sich das Arbeitslosigkeitsrisiko für Zuwanderer deutlich erhöht und liegt weit über dem der einheimischen Bevölkerung. Da die Mehrheit der beschäftigten Zuwanderer insbesondere aus der Türkei den objektiven Anforderungswandel subjektiv nicht mit einem ausreichenden subjektiven Profilveränderung beantwortet hat und größtenteils als un- oder angelernte Arbeiter wie zum Zeitpunkt der Gastarbeiteranwerbung im industriellen Sektor verweilt, also gerade dort, wo der rationalisierungsbedingte Arbeitsplatzabbau am meisten grassiert, ist dieser Tatbestand leicht erklärlich. „Nur die Zuwanderer aus den EU-Staaten sind zu über 30% als Angestellte beschäftigt und weisen im Vergleich zu den Deutschen eine ähnliche Beschäftigtenstruktur auf“ (Datenreport 2004, S. 580). „Während bei den Deutschen und den Zuwanderern aus den EU-Staaten weit über 60% einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, sind dies bei den Zuwanderern aus der Türkei nur rund 45%“ (Reißlandt 2005, S. 5). Vergleicht man die arbeitslosen Zuwanderer nach Herkunftsländern, dann zeigt sich, „dass die türkischen Staatsangehörigen als größte ausländische Bevölkerungsgruppe mit fast einem Drittel (2003: 31%) auch den höchsten Anteil aller arbeitslosen Nichtdeutschen stellen. Insgesamt sind fast 80% der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer (2003) Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten“⁶. Zudem ist von einer hohen Dunkelziffer von jugendlichen Zuwanderern auszugehen, die weder zur Schule gehen noch eine Ausbildung absolvieren und sich trotzdem nicht arbeitslos melden. Regional - wie zum Beispiel in Berlin - liegt die Arbeitslosenquote von Zuwanderern sogar bei bis zu 40%. 2004 waren genau 38,4% der Arbeitslosen Zuwanderer, wobei 90 % der türkischstämmigen Arbeitslosen über keinen Berufsabschluss verfügten. Bei den 16-21jährigen Jugendlichen war mehr als jeder Zweite arbeitslos (Luft 2006, S. 162f.).

Aufgrund eines durchschnittlich niedrigeren Qualifikationsprofils erzielen erwerbstätige Zuwanderer ein geringeres Arbeitseinkommen als Einheimische ohne Migrationshintergrund und sind überdies häufiger im Niedriglohnsektor beschäftigt. So „verdoppelte sich allein zwischen 1995 und 2006 der Anteil ausländischer Niedriglohnbezieher an allen ausländischen Beschäftigten von 20 auf 39 Prozent. Der Anteil deutscher Niedriglohnbeschäftigter nahm hingegen von 14,5 auf knapp 21 Prozent nicht einmal halb so stark zu (Miegel u. a. 2008, S. 36).

Mehr als ein Drittel aller Bezieher von Arbeitslosengeld II in Deutschland, genau 37,5%, besitzen einen Migrationshintergrund (Hönekopp 2007). Das ist wenig überraschend vor dem Hintergrund, dass von 1986 bis 2006 der Anteil einkommensschwacher Migranten⁷ generell von knapp 28 % auf knapp 44 % zunahm. Dagegen bleibt der Anteil einkommensschwacher Ansässiger mit reichlich 19 % praktisch unverändert. D. h.: 2006 hatten Migranten mehr als

⁶ Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Bonn August 2005, S.95.

⁷ „Einkommensschwache“ sind nach der vorliegenden Definition Personen mit einem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen unter 70 Prozent des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung. 2006 waren dies 1.094 Euro monatlich. „Einkommensstarke“ verfügen analog betrachtet über 150 Prozent des definierten Durchschnittseinkommens. 2006 waren dies 2.344 Euro monatlich.

doppelt so häufig ein geringes Einkommen wie Ansässige. Damit war jeder dritte Migrant arm. Dieser Anteil war reichlich doppelt so hoch wie 1986 und zweieinhalb mal so hoch wie bei den Ansässigen. Dieser zuwanderungsbedingte Anstieg der Armutsbevölkerung zeigt sich auch in folgender Perspektive: Von den 3,5 Millionen Migranten, die zwischen 1996 und 2006 hinzugekommen sind, gehören 2,9 Millionen zu den Einkommensschwachen⁸ und knapp 600.000 zu den Einkommensstarken. Von 100 hinzugekommenen Migranten erzielten also 83 lediglich ein geringes Einkommen. Damit waren Migranten entscheidend für den Anstieg Einkommensschwacher insgesamt. Von den knapp 4,1 Millionen Einkommensschwachen, die zwischen 1996 und 2006 in Deutschland hinzukamen, hatten 2,9 Millionen Menschen bzw. 73 Prozent einen Migrationshintergrund. Dagegen trugen Ansässige lediglich mit knapp 1,1 Millionen bzw. 27 % zum Anstieg der Einkommensschwachen bei (vgl. Miegel u. a. 2008).

III. Schulischer Ausbildungs- und beruflicher Qualifikationsmangel als Grund für die gescheiterte sozialökonomische Integration

Die nahe liegende Ursache für den überproportional hohen Anteil von Zuwanderern an der Gesamtheit der registrierten Arbeitslosen sowie der einkommensschwachen Bevölkerung ist in der überdurchschnittlich defizitären schulischen Ausbildung und beruflichen Minderqualifikation zu sehen. So lag der Anteil der Zuwanderer ohne eine Berufsausbildung zwischen 26% bei den Aussiedlern und 59% bei den türkischen Migranten. Frauen aus der Türkei besitzen zu 70% keinen Berufsabschluss. „Im Jahr 2003 lag der Anteil der ausländischen Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bei 72,5% aller ausländischen Arbeitslosen, der entsprechende Anteil der Deutschen bei 28,9%.“⁹. Objektiv alarmierend ist der Tatbestand, „dass 40% aller Jugendlichen mit ausländischem Pass im Anschluss an die Schulpflichtzeit ohne jede weitere Ausbildung bleiben. Bei deutschen Jugendlichen beträgt dieses Verhältnis ca. 85% zu 15 %“¹⁰. Dabei liegt der Anteil der beruflich Unqualifizierten bei den 20- bis 24-jährigen Migranten mit fast 54% wesentlich höher als bei den 25- bis 34-Jährigen mit knapp 42%. Daraus ergibt sich eine offensichtliche Verschlechterung der Ausbildungssituation bzw. eine intergenerationelle Vertiefung der Diskrepanz zwischen objektiven Anforderungen und subjektiv erworbenen beruflichen Integrationskompetenzen.

Vergleicht man deutsche und ausländische Schulabsolventen nach den Schularten, dann ergibt sich folgendes Bild:

Hauptschulabschluss: Deutsche 24,5%, Ausländer 41,5%

Realschulabschluss: Deutsche 41,6%, Ausländer 29,1%

Hoch-/Fachhochschulreife: Deutsche 26%, Ausländer 10,2%

Ohne Abschluss: Deutsche 7,9%, Ausländer 19,2%.

Während im Schuljahr 2005/2006 nur knapp 15% der einheimischen Kinder und Jugendlichen eine Hauptschule besuchten, waren es bei den ausländischen über 40%. 45 % der Deutschen besuchte ein Gymnasium, bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern waren es 21%.

In Anbetracht der Ergebnisse der Ländervergleichsstudie PISA 2006-E musste die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, einräumen,

⁸ „Von den 2,9 Millionen einkommensschwachen Migranten, die zwischen 1996 und 2006 hinzukamen, waren rund zwei Drittel Paare mit Kindern. Diese Kinder stellten 82 Prozent der seit 1996 hinzugekommenen Kinder in einkommensschwachen Haushalten“ (Miegel u. a. 2008, S. 9).

⁹ Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Bonn August 2005, S. 105.

¹⁰ 7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Dezember 2007), S.69.

dass der Befund für Jugendliche mit Migrationshintergrund alarmierend bleibt: „Sie erreichen nur ein deutlich niedrigeres Kompetenzniveau als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Der durchschnittliche Rückstand bei einem fünfzehnjährigen Schüler aus einer Zuwandererfamilie beträgt rund zweieinhalb Jahre (73 Punkte), bei der mathematisch-naturwissenschaftlichen Kompetenzentwicklung können es bis zu vier Schuljahre sein.“¹¹

Die Schulen sind mittlerweile oftmals schlicht überfordert, die bereits schon zum Zeitpunkt des Schuleintritts primärsozialisatorisch erzeugten Entwicklungsprobleme der Kinder in ausreichendem Maße zu kompensieren. So sind etwa in Berlin ca. ein Drittel der Kinder aus Zuwandererfamilien im Einschulungsalter aufgrund von kognitiven, sprachlichen, motorischen und interaktiven Defiziten noch nicht schulfähig, werden aber dennoch in vielen Fällen eingeschult.

Genau betrachtet sind es aber nicht Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund *an sich*, die schlechte Schulleistungen und Lernvoraussetzungen mitbringen, sondern insbesondere ein das Problemgewicht ausmachender Großteil aus der Hauptgruppe von traditionalistisch-islamisch geprägten Zuwanderern. Nach der PISA-Studie (PISA 2003) sind drei Viertel der Jugendlichen mit Eltern aus der Türkei in Deutschland geboren und aufgewachsen. „Umso auffälliger ist, dass weniger als ein Drittel dieser Schülerinnen und Schüler im Alltag überwiegend deutsch spricht und fast 20 Prozent sogar angeben, hauptsächlich die türkische oder die kurdische Sprache zu verwenden“ (PISA 2003, S. 279). Während die Aussiedler-Jugendlichen zu über 40 Prozent überwiegend deutsch sprechen, obwohl fast 90 Prozent von ihnen nicht in Deutschland geboren sind, stellt sich die Situation für die Jugendlichen türkischer Abstammung umgekehrt dar. „Fast drei Viertel von ihnen sind in Deutschland geboren. Aber weniger als ein Drittel gehört zur Gruppe der ‚Deutschsprachigen‘“ (ebenda, S. 291). Nach IGLU und PISA sind 25% der Grundschul Kinder mit Migrationshintergrund und 50% der 15-Jährigen der gleichen Herkunftsgruppe schwache Leser. Resümierend stellen die Autoren der PISA-Studie zum Bildungsstand der Gruppe der hier geborenen fünfzehnjährigen Schülerinnen und Schüler mit Eltern aus der Türkei fest:

„Nur eine Minderheit von ihnen spricht im Alltag überwiegend deutsch und ihre mit fünfzehn Jahren erreichten Kompetenzen liegen im Durchschnitt auf einem niedrigen Niveau. Dieser Befund ist alarmierend, gerade in Anbetracht der Tatsache, dass diese Jugendlichen bereits in Deutschland geboren sind, ihre gesamte Schulzeit in Deutschland verbracht haben und diese Gruppe einen relativ großen Anteil an der Bevölkerung aufweist“ (PISA 2003, S. 294).

Daraus erklärt sich u. a. auch die hohe Rate von 56,1 Prozent türkischstämmigen Jugendlichen¹², die entweder über keinerlei Schulabschluss verfügen oder einen Hauptschulabschluss erreichen, jedoch keine berufliche Ausbildung beenden.

Der sich tendenziell erhöhende Anteil von lernschwachen und fehl- bzw. defizitär sozialisierten Schülerinnen und Schülern aus den benannten Kerngruppen von Zuwanderern ist ein wesentlicher Faktor, der zur Absenkung des durchschnittlichen Leistungsniveau der Gesamtschülerschaft bzw. des Bildungsnachwuchses führt. So sind zum Beispiel die Lesekenntnisse der deutschen Schüler gut ein Schuljahr von der internationalen Spitze entfernt. Differenziert man nach Bundesländern, dann liegen vier Länder besser als der OECD-Durchschnitt und fünf Länder deutlich unter dem Durchschnitt. Ohne konzeptionelle und organisatorische Leistungsunterschiede als Zusatzaspekte in Abrede stellen zu wollen, fällt

¹¹ Pressemitteilung vom 18.11. 2008. Entnommen aus: Newsletter Nr. 814 der Initiative Pro Integration. Donnerstag, 20. November 2008.

¹² Die Fokussierung auf Türkischstämmige ergibt sich daraus, dass die türkischen Zuwanderer die größte Migrantengruppe in Deutschland bilden und gleichzeitig am schlechtesten integriert sind. So heißt es zum Beispiel im Zwölften Kinder- und Jugendbericht (S. 80): „Besonders Kinder, deren Familien aus der Türkei kommen, sind zu einem hohen Anteil an den niedrigsten Schulstufen vertreten.“

beim bundesinternen Vergleich doch generell auf, dass diejenigen Länder, die über einen vergleichsweise deutlich geringeren Anteil von Schülern mit einem traditionalistisch-islamischen Hintergrund verfügen, in der Regel besser abschneiden. In urbanen Ballungszentren mit einem hohen Anteil von Zuwanderern, die einen islamischen Sozialisationshintergrund aufweisen (wie die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen) sind die Lernergebnisse signifikant schlechter.

Der qualifikatorische Anforderungswandel infolge des sozialökonomischen Umstrukturierungsprozesses hat in Verbindung mit der deutlichen Erhöhung des Einschulungsanteils lernschwacher Migranten zur weitgehenden Demontage der Hauptschulen als einem gesellschaftlich sinnvollen Lernort geführt bzw. diesen Lernort durch extern produzierte und in ihn eingespeiste Problemlagen so weit überfordert, dass er nicht mehr hinreichend funktioniert. So hat sich nach einer neueren Studie des Max-Planck-Instituts gezeigt, dass in Hessen, NRW und den Stadtstaaten 40 bis 90 Prozent der Hauptschulen praktisch nicht mehr beschulbar sind¹³. Nach neuen Tests erreicht rund die Hälfte der Hauptschüler in Mathematik nicht mehr das für diese Schulform bundesweit vereinbarte Mindestniveau. Ein Jahr vor Schulabgang kann jeder Vierte nur unterhalb der Grundschulstandards rechnen. 75 Prozent verfehlen zudem mit ihren Schreibleistungen in Englisch die von der EU festgelegten Lernkriterien¹⁴.

Um dieses offensichtliche Desaster zu vertuschen bzw. gegenüber der Öffentlichkeit und Wahlbevölkerung Problemlösungsfähigkeit zu simulieren, werden nun von den politisch Verantwortlichen zwei Wege eingeschlagen:

Erstens sollen zukünftig nach dem Willen der Konferenz der Kultusminister (KMK) die für die allgemeinbildenden Schulen entwickelten Bewertungsstandards nicht mehr auf die Hauptschulen angewandt werden, um deren Scheitern nicht transparent werden zu lassen. Denn laut einer vertraulichen Botschaft an die Minister seitens des Leiters des Berliner „Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen“ (IQB) hätte sich bei einer Normierung der Hauptschulstandards gezeigt, dass über die Hälfte der Hauptschüler nicht einmal die Mindeststufe erreicht. (Problemverschleierung als Problemlösung).

Zweitens wird als Königsweg die Abschaffung der Hauptschulen empfohlen und zum Teil bereits praktiziert. Dabei wird aber zunächst einmal nur die Problemklientel einfach in andere Schulformen verschoben, ohne vorab hinreichend sicher stellen zu können, dass dort dann bessere Lernergebnisse erzielt werden bzw. ausschließen zu können, dass durch diese Verschiebung nicht einfach der Niveauverlust auf andere Schulformen übertragen wird. (Problemverlagerung als Problemlösung).

Durch Verweigerung einer tabufreien Ursachenanalyse wird so die bestehende Misere trotz des betriebenen Vertuschungsaufwands bereits im Ansatz festgeschrieben.

IV. Kulturspezifischer Sozialisationshintergrund als zentraler (Des-)Integrationsfaktor

Das dominante Klischee besagt, dass Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien per se „sozial benachteiligt“ seien und das deutsche Schulsystem diese Benachteiligung schuldhaft zementiere. Nun kann tatsächlich festgestellt werden, dass das deutsche Bildungssystem zu früh folgenreiche Schullaufbahnentscheidungen festschreibt, zu wenig durchlässig ist, organisatorische und lerninhaltliche Mängel aufweist etc. und insofern verbessert werden muss. Wahr ist aber auch, dass das Schulsystem in erster Linie nicht Verursacher, sondern

¹³<http://www.taz.de/1/zukunft/wissen/artikel/1/tschuess-hauptschule/>

¹⁴<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1226584403193>

vielmehr Manifestationsmedium gesellschaftlich erzeugter bzw. systemextern produzierter Problemkonstellationen ist. Auf diese Weise werden die Schulen in ihrer ursprünglichen Primärfunktion als Institutionen der Vermittlung von Wissensinhalten, Lernmethoden, nützlichen Kompetenzen etc. sowie des Erkennens und des Förderns von Begabungen tendenziell ausgehöhlt und dem schleichenden Umbau zu sozialtherapeutischen Reparaturwerkstätten ausgesetzt. Dabei resultiert der aufgenötigte Reparaturaufwand a) aus vielfach misslungener Primärsozialisation (Familienerziehung) sowie b) aus der „Überreizung“ der Kinder und Jugendlichen durch die spätkapitalistische Massenkultur des Habens mit ihren werbepsychologischen Einwirkungen und Modellsetzungen. Wo sich in der Bewusstseins- und Verhaltensstruktur von Kindern und Jugendlichen diese beiden negativen Determinanten verflechten und festsetzen, steht Schule als klassische Lerninstitution immer mehr auf verlorenem Posten bzw. wird zum wesentlichen Erscheinungsort gesamtgesellschaftlicher Krisenprozesse.

Die simplifizierende Rede von der „sozialen Benachteiligung“, die obendrein als ideologisches Abwehr- und Ablenkungsinstrument eingesetzt wird, verstellt zudem den wissenschaftlich-analytischen Blick auf die reale Komplexität der Problemlage:

Kinder aus Zuwandererfamilien, deren Eltern (a) aus der Unterschicht stammen, (b) einen niedrigen Bildungsstatus und eine geringe Bildungsorientierung aufweisen, (c) gemäß religiös-autoritären („prämodernen“) Prinzipien erziehen und (d) kaum oder nur schlecht Deutsch sprechen, sind sozialisatorisch so negativ konditioniert, dass die bereits in der vorschulischen Entwicklung angehäuften und später weiterwirkenden Entwicklungsnachteile durch die Bildungsinstitutionen mitunter noch abgeschwächt, aber nicht mehr kompensiert werden können. Es ist also nicht die soziale Unterschichtzugehörigkeit ‚an sich‘, sondern die *eigentümliche Verflechtung von sozialen, sprachlichen und kulturellen Einflussfaktoren*, die hier negativ zum Tragen kommt.

Betrachtet man verschiedene Gruppen von Zuwanderern im Vergleich, dann wird deutlich, dass trotz gleicher oder ähnlicher Sozillagen sehr unterschiedliche Lernergebnisse erzielt und Bildungsprozesse absolviert werden. So erreichten vietnamesische Schüler im Bundesland Brandenburg überwiegend bessere Schulabschlüsse als ihre deutschen Mitschüler¹⁵, obwohl ihre Eltern zumeist relativ schlecht deutsch sprachen und als Kleinhändler zumeist eine schwierige soziale Existenz fristen. (Das kann auch als ein Indiz gegen die Behauptung gewertet werden, im deutschen Schulsystem würden Kinder von Zuwanderern generell diskriminiert, schlechter bewertet und benachteiligt.) Entscheidend ist hier bei den Vietnamesen - wie auch bei jüdischen Zuwanderern aus Russland - insbesondere die hohe „mitgebrachte“ kulturelle Wertschätzung von säkularem Wissen und diesbezügliche Bildungsbereitschaft als normative Grundorientierung.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern: So ist zum Beispiel in England die Arbeitslosigkeit unter jungen Muslimen dreimal höher als in der Gesamtbevölkerung. „54 Prozent der Kinder von Immigranten aus Bangladesch und Pakistan leben in Familien, die von staatlicher Sozialhilfe abhängig sind“ (Laqueur 2006, S. 94). Nur 34 Prozent von ihnen erreichen einen qualifizierten Hauptschulabschluss. „Im Vergleich dazu ist die Lage anderer Immigrantengruppen - Inder, Sikhs, Zyprioten etc. - wesentlich besser ... In dieser Hinsicht (wie in einigen anderen Punkten) ähnelt also die Lage in Großbritannien der in Deutschland, Frankreich und anderen europäischen Ländern: Die muslimische Minderheit leistet weniger als andere und klagt stärker über Diskriminierung“ (ebenda, S.

¹⁵ Einer Studie der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg zufolge besuchen 74 Prozent der Kinder vietnamesischer Einwanderer im Sekundarschulalter das Gymnasium, 17 Prozent die Gesamtschule und neun Prozent die Realschule.
<http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/1215697.html>

80f.)¹⁶. Zwar sind in Dänemark nur 5% der Bevölkerung Muslime, diese nehmen aber 40 Prozent der Sozialhilfeausgaben in Anspruch.

Für die Situation in Gesamtdeutschland sind nun leider nicht die Lernergebnisse der vietnamesischen Schüler in Brandenburg oder aber die Bildungsorientierungen von jüdischen Zuwanderern aus Russland ausschlaggebend, sondern die gravierenden Bildungs- Qualifikations- und Integrationsmängel eines Großteils von Zuwanderern mit einem orthodox-islamisch geprägten Sozialisationshintergrund. Der Berliner Innensenator Körting hatte zum Beispiel einen Monat lang in Form einer Stichprobe die Qualifikation von Türiinnen und Türiken erfassen lassen, die nach Berlin kamen, um einen hier lebenden Partner zu heiraten. 64 Prozent hatten keinen oder nur den Hauptschulabschluss. 30 Prozent kamen vom Dorf oder aus Orten mit weniger als 10.000 Einwohnern¹⁷. Was diese Zuwanderer überwiegend charakterisiert, sind folgende integrationswidrigen Kernmerkmale: (a) subjektive Prägung durch eine vormodern-agrarische Lebensweise, (b) individuelle Gebundenheit an eine repressiv überwachte und traditionalistisch normierte Gemeinschaft mit einer archaischen Ehrenmoral und (c) Bildungsferne gepaart mit einer starken „antiaufklärerischen“ Ablehnung bis hin zu Verachtung der Grundprinzipien einer säkular-demokratischen Gesellschaft¹⁸. Dabei wird von den Betroffenen die vorgefundene ‚Tradition‘, in die sie hineingeboren werden, vielfach entweder als gottgewolltes und damit subjektiv hinzunehmendes ‚Schicksal‘ empfunden und damit als unveränderbare Gegebenheit verdinglicht, der man sich fraglos unterwerfen muss oder aber gegenüber der kulturellen Moderne aktivistisch-kämpferisch („fundamentalistisch“ bzw. „islamistisch“) verteidigt. So steht laut der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen Studie „Muslime in Deutschland“¹⁹ einem knappen Fünftel von gering religiös orientierten Zuwanderern aus islamischen Staaten eine überwältigende Mehrheit von orthodox-religiösen (21,7%), traditionell-konservativen (19%) und fundamental orientierten (40,6%) Muslimen gegenüber. Der Aussage, „Der Islam ist die einzig wahre Religion“ stimmen 65,6% zu. 45 % sind der Meinung, „Nur der Islam ist in der Lage, die Probleme unserer Zeit zu lösen“ und 50,6% sind der Überzeugung, „Auf lange Sicht wird sich der Islam in der ganzen Welt durchsetzen“. Zudem besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Bindung an den islamischen Glauben und der Distanz zu Demokratie und westlicher Kultur. So stimmen 46,7% der Aussage zu „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als Demokratie“. Zwar bekennt nur eine Minderheit von 7,6% offen ihre Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen Ungläubige. Aber 44,3% gegen davon aus, dass Muslime, die im bewaffneten Kampf für den Glauben sterben, ins Paradies eingehen.

¹⁶ „Großbritannien hat - trotz wesentlich besserer wirtschaftlicher Entwicklung und insgesamt geringerer Arbeitslosigkeit als in Deutschland - eine drei Mal so hohe Arbeitslosigkeit bei Muslimen zu verzeichnen, wie bei Gruppen christlicher oder hinduistischer Herkunft. Insgesamt ist in Großbritannien die wirtschaftlich-soziale Integration der pakistanischen Einwanderer noch weniger gelungen, als die der türkisch-stämmigen Zuwanderer in Deutschland“ (Luft 2006, S. 379).

¹⁷ <http://antiislam.wordpress.com/2008/11/07/falsche-migration/>

¹⁸ Letztendlich verkörpert die traditionalistisch-islamische Familie mit ihrer religiös übersteigerten und umgeformten Ehren- und Pflichtmoral eine kulturspezifische Extremvariante des autoritär-reaktionären Spießbürgertums, wie es für den deutschen Entwicklungskontext treffend von Wilhelm Reich (1930-33) sowie von Max Horkheimer, Erich Fromm, Herbert Marcuse u. a. (1936) beschrieben worden ist. Dabei erweist sich die patriarchalische Familie als Keimzelle einer totalitären Herrschaftsordnung sowie als Reproduktionsstätte nach innen unterwerfungsbereiter und nach außen aggressionsbereiter Subjektivität.

¹⁹ Der genau Titel der Studie lautet: Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen. Autoren: Katrin Brettfeld und Peter Wetzels unter Mitarbeit von Ramzan Inci, Sarah Dürr, Jan Kolberg, Malte Kröger, Michael Wehsack, Tobias Block und Bora Üstünel. Hamburg, Juli 2007.

Von entscheidender Bedeutung für die beständige (auch bewusst beabsichtigte) Reproduktion geschlossener islamisch-traditionalistischer Sozialisationsmilieus ist zum einen die strikte Befolgung der religiös bestimmten Heiratregel, wonach muslimische Frauen nur muslimische Ehemänner heiraten dürfen und eingewanderte muslimische Männer ebenfalls überwiegend muslimische Ehefrauen - oftmals „arrangierte“ Importbräute aus dem Herkunftsland - ehelichen. Von den Verheirateten unter den Befragten der Studie „Muslime in Deutschland“ gaben 95,8% an, dass der Ehepartner auch ein Muslim ist.

Insgesamt ist demnach festzustellen: Eine starke Bindung an den Islam, insbesondere an dessen dominierende konservativ-orthodoxe Ausprägung, wirkt als zentraler Desintegrationsfaktor. Damit erweist sich letztlich die ungebrochene Reproduktion muslimischer Sozialisationsverhältnisse als der kausale Problemerkern, in dem nämlich der Grundstein gelegt wird für (a) eine disparate sprachliche, schulische, berufliche und weltanschauliche (Bildungs-)Orientierung des Subjekts und (b) eine dysfunktionale bis feindselige Normorientierung im Kontrast zur säkular-demokratischen Wertekultur der Aufnahmegesellschaft. Das wird indirekt auch durch Untersuchungen des Zentrums für Türkeistudien bestätigt. „Je (muslimisch-)religiöser die Befragten sind, um so weniger fühlen sie sich der ... bundesdeutschen Gesellschaft zugehörig“ (Zentrum für Türkeistudien 2004, S. 37). Hinzu kommt folgendes: „Je länger die Befragten in Deutschland leben, um so eher fühlen sie sich religiös. Ein langer Aufenthalt in einer nichtmuslimischen Umgebung führt folglich nicht zur Loslösung von der ursprünglichen Religion“ (ebenda, S. 27).²⁰

Die undifferenzierte Etikettierung der Situation islamisch stämmiger Jugendlicher als „sozial benachteiligt“ muss in dieser realitätsverschleiernenden Einfachheit demnach ad acta gelegt werden, denn dieses Label blockiert kritisch-wissenschaftliche Analyse und Reflexion. Tatsächlich handelt es sich bei der Problemlage muslimischer Jugendlicher weniger um „soziale Benachteiligung“ als vielmehr um im eigenen Herkunftsmilieu erzeugte sozialisatorische Deprivation gemäß des islamisch-herrschaftskulturellen Regelkanons.

V. Kriminalitäts- und Gewaltbelastung als Folge und Ausdrucksform gescheiterter Integration

Neben dem schulischen Misserfolg und dem dadurch bedingten Scheitern der beruflichen Integration fördert der subjektivitätsprägende Einfluss der traditionalistischen bzw. orthodox-islamischen normierten Sozialisation die Tendenz zu gewalttätigem Verhalten. Innerhalb des patriarchalisch-hierarchischen Kontrollsystems der (Groß-)Familie wird der Heranwachsende nämlich in erster Linie auf die Erfüllung von Unterwerfungs- und Gehorsamsanforderungen programmiert, während ihm eine rationale Erklärung der Welt sowie die Vermittlung von geistiger und lebenspraktischer Selbständigkeit weitgehend vorenthalten wird.²¹ Diese Einübung in die autoritär-patriarchalischen Familien- und milieuspezifischen Sozialverhältnisse ist nun mit einer signifikant hohen **Gewaltausübung und -erfahrung** verbunden, die auch als kulturelle Norm bei einem großen Teil der Muslime verinnerlicht ist. „44,9 Prozent der Frauen und 45 Prozent der Männer in der Türkei vertreten die Meinung, dass der Ehemann berechtigt sei, seine Frau zu schlagen, falls sie ungehorsam ist. 77,8 Prozent der misshandelten Frauen schweigen“ (Cileli 2002, S. 32). Entsprechend hoch ist auch die Gewalterfahrung und -ausübung von türkischstämmigen Jugendlichen. Nach einer Untersuchung von Pfeiffer/Wetzels aus dem Jahr 2000 gab jeder Fünfte der interviewten

²⁰ Eine genauere Analyse der muslimischen Sozialisationsverhältnisse findet sich in Krauss 2008, S. 368- 395.

²¹ Nur 17% der türkischen Migrantenväter und 19% der Mütter halten „Selbständigkeit“ für ein wichtiges Erziehungsziel. Respekt und Gehorsam werden hingegen von 61% der Väter als das wichtigste Erziehungsziel angesehen, das auch mit Gewalt durchgesetzt wird. Vgl. Kelek 2006, S. 153.

türkischen Jugendlichen an, im Laufe des letzten Jahres zu Hause misshandelt worden zu sein (Fausthiebe aufwärts) - im Unterschied zu jedem Achtzehnten der befragten Deutschen. Gewalttaten der Eltern untereinander berichtete fast jeder dritte türkische Jugendliche gegenüber jedem elften Deutschen. In einer anderen Studie stellten Brettfeld und Wetzels fest, dass insbesondere die stark religiösen muslimischen Jugendlichen in hohem Maße von massiver elterlicher Gewalt betroffen waren. „Tendenziell lässt sich für die muslimischen Jugendlichen ein Anstieg der Viktimisierung durch innerfamiliäre Gewalt mit Zunahme ihrer Religiosität feststellen“ (Brettfeld/Wetzels 2004, S. 281). Hinzu kommt die Verinnerlichung des *traditionalistisch-patriarchalischen Männlichkeitskonzepts*, das folgende Grundmerkmale aufweist:

(a) absolute Gehorsampflicht gegenüber Allah und dem patriarchalischen Vater, (b) eine verhätschelnde Liebesbeziehung zur Mutter als Teileinübung in die Pascha-Rolle, (c) vormundschaftlich-repressive Überwachung ggf. der jüngeren Brüder und in jedem Fall der Schwestern sowie (d) Kontrolle und Verteidigung der Familienehre im väterlichen Auftrag. Folglich lautet das Grundprogramm: Den Autoritäten gehorchen; gegenüber der ‚feindlichen‘ Außenwelt (körperliche) Stärke zeigen und Frauen befehlen. Des Weiteren wird dem Mann im Konzept der islamischen Geschlechtermoral kein hohes Maß an Selbstbeherrschung abverlangt, sondern stattdessen die Frau verhüllt und weitgehend separiert bzw. aus dem männlichen Blickfeld verbannt. So ist das Verhalten der muslimischen Jungen dadurch bestimmt, dass trotz der patriarchalisch-autoritären Prägung der Jugendlichen auf sexuellem Gebiet bei Jungen eine anarchische Laisser-faire-Haltung dominiert, die kaum zur Triebkontrolle, Sublimierung und Verinnerlichung von diesbezüglichen Schamgefühlen beiträgt. Der islamisch-normative Zwang zur Verhüllung der weiblichen Reize ersetzt hier tendenziell die männliche Affekt- und Triebkontrolle.

In Verbindung mit verinnerlichten islamisch normierten Überlegenheitsansprüchen (gegenüber Anders- und Nichtgläubigen) sowie antijüdischen und homophoben Einstellungen²² bewirken die hohe intrafamiliale Gewalterfahrung sowie das traditionalistische Männlichkeitskonzept eine beachtliche Disposition zur Gewaltausübung, was sich auch darin manifestiert, dass männliche türkische Jugendliche mehr als doppelt so oft Mehrfachtäter von Gewalt sind als Deutsche. Konkret zeigt sich zum Beispiel, „dass nichtdeutsche männliche Jugendliche im Jahr 2004 mit Raubdelikten 3,66 mal häufiger als Tatverdächtige in Berlin polizeilich registriert wurden als deutsche Jugendliche, im Jahr 2005 sogar 3,78 mal häufiger. Mit Körperverletzungsdelikten wurden sie „2004 2,63 mal häufiger registriert, im Jahr 2005 2,92 mal häufiger“ (Landeskommission Berlin gegen Gewalt 2007, S. 99). Ein ähnliches Bild zeigt die ethnische Herkunft der bei der Staatsanwaltschaft Berlin registrierten männlichen Intensivtäter zwischen 14 und 21 Jahren. Betrug der Anteil von nichtdeutschen männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden an der Gesamtgruppe männlicher Jugendlicher und Heranwachsender in Berlin im Jahr 2005 14,13%, so lag ihr Anteil an den Inhaftierten jedoch bei ca. 41%. „Von der Gesamtheit der Intensivtäter haben 80 Prozent einen Migrationshintergrund. Davon fallen 45 Prozent auf arabische Täter - die einen ganz geringen Teil der Berliner Gesamtbevölkerung ausmachen - und 34 Prozent auf türkischstämmige Täter. 18 Prozent „deutschstämmige“ Personen werden als Intensivtäter geführt“²³. Wie die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig in ihrem Zuständigkeitsbereich festgestellt hat, werden die Opfer von Straßenraubtaten und massiven Körperverletzungsdelikten mittlerweile nicht lediglich beraubt und zusammengeschlagen, sondern zudem als „Scheißdeutscher“, „Schweine-

²² Nach einer Studie der Kieler Christian-Albrechts-Universität steigt die Ablehnung von Homosexuellen vor allem bei türkischstämmigen Jugendlichen mit zunehmender Religiosität.

²³ Kirsten Heisig: Was eine Richterin über kriminelle Migranten denkt.

<http://www.welt.de/berlin/article2462893/Was-eine-Richterin-ueber-kriminelle-Migranten-denkt.html>
18. September 2008.

fleischfresser“ oder „Scheißchrist“ diskriminiert. „Im April 2008 wurde in meiner Zuständigkeit ein Fall verhandelt, in welchem mehrere türkischstämmige Jugendliche junge Frauen als „deutsche Huren“ titulierten und äußerten „Deutsche könne man nur vergasen“²⁴. Die Zunahme der registrierten Körperverletzungen an allen Schulen Berlins (allein von 2006 zu 2007 um beachtliche 18 Prozent) hat nicht zuletzt dazu geführt, dass dort jetzt Wachpersonal die Schulhöfe kontrolliert.

Eine wesentliche kriminogene Besonderheit zahlreicher islamisch sozialisierter Jugendlicher ist in der tendenziell sozialpathologischen Verarbeitung der Kollision zwischen traditionalistisch-patriarchalischer Normierung einerseits und den in sich widersprüchlichen Anforderungen einer spätkapitalistischen Risiko- und Konsumgesellschaft (mit ihrer dialektischen Gleichzeitigkeit von individualisierter lohnabhängiger Arbeitsmarktdisziplin und aufreizenden Einflüssen und Verheißungen der sexualisierten Werbe- und Freizeitindustrie) zu sehen. Hinzu kommt die Herabsetzung von Frauen - insbesondere ungläubiger nichtmuslimischer - im islamischen Generaldiskurs in Konfrontation mit der verbreiteten femininen Dominanz im Lehr- und sozialpädagogischen Fachpersonal (nichtmuslimische Lehrerinnen als permanente Provokations- und Irritationsobjekte).

Insgesamt erwächst aus diesem komplizierten Geflecht dysfunktionaler und problembehafteter Sozialisationsverläufe ein breit gefächertes Erscheinungsbild destruktiver Verhaltensweisen von Tätern mit einem islamischen Sozialisationshintergrund. Die Spannweite dieses multidevianten Verhaltens reicht über das umrissene Spektrum von Gewalt- und Rohheitsdelikten über Ausschreitungen bei Fußballspielen bis hin zu kulturspezifischen Deliktarten wie Ehrenmorden. So hat zum Beispiel eine Auswertung von rund 4.000 Fällen vor Sport- und Schiedsgerichten ergeben, dass Zweidrittel aller verhandelten Spielabbrüche von Spielern mit Migrationshintergrund verursacht wurden. Dabei handelt es sich vorwiegend um Spieler mit türkischem oder kurdischem Hintergrund. Während bei den Deutschen die Opfer am häufigsten Spieler sind, attackieren Spieler mit Migrationshintergrund vor allem den Schiedsrichter. Es gibt auch einen gravierenden Unterschied zwischen den Vergehen auf dem Fußballplatz. Tatbestände wie „Rohes Spiel“, „Tätlichkeiten mit und ohne Verletzungen“ und „Bedrohung“ werden deutlich stärker von Spielern mit Migrationshintergrund begangen. Je schwerwiegender der Straftatbestand, desto häufiger seien Spieler mit Migrationshintergrund beteiligt²⁵.

Zum Teil bestialisch ausgeführte „Ehrenmorde“, die auch in Deutschland mitunter wie im Fall Hatun Sürücü oder der sechzehnjährigen Deutsch-Afghanin Morsal O. in die Schlagzeilen kommen, sind letztendlich nur die Spitze des Eisbergs milieuspezifischer Gewaltverhältnisse, die den Einzelnen (insbesondere Frauen als schwächste Kettenglieder und Manifestationsobjekte der Ehrenmoral) im Namen der Tradition in eine repressiv-totalitäre Subkultur einsperren und auf jeden Emanzipationsversuch mit Gewaltandrohung und ggf. mit Gewaltanwendung reagieren.

Dabei ist die Zwangsehe - auch in ihrer angeblich sanfteren Variante der „arrangierten“ Eheanbahnung - die Ausgangsbasis aller „Ehrengewalt“ und zugleich zentrales Mittel der Abgrenzung von der nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft. In einer neueren Studie über „Gemeinschaftsverbrechen - Ehrengewalt in Großbritannien“ heißt es, dass dort überall jeden Tag Frauen von ihren Familien mit physischer Gewalt, Vergewaltigung, Mord, Verstümmelung, Entführung und Zwangsheirat bedroht würden. Gleichzeitig wird dargestellt, wie muslimische Mitarbeiter von Behörden sich in vielfältiger Weise an einem informellen Netzwerk beteiligen, das unbotmäßige und geflohene Frauen aufspürt. Da das britische

²⁴ Wie zuvor.

²⁵ Quelle: Michael Horeni: Gewalt im Fußball. Brennglas gesellschaftlicher Probleme.
http://www.faz.net/s/RubBC20E7BC6C204B29BADA5A79368B1E93/Doc~EA8D8F89FC1D84995832CC750B3107CAA~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_aktuell

Taxigewerbe fest in pakistanischer Hand sei, könnten geflüchtete Frauen kaum noch Taxi fahren. Sogar asiatischstämmige Polizisten würden mit den „Ehrverbrechern“ kollaborieren²⁶. Hinzu kommt ein weites alltagskriminelles Handlungsspektrum wie Pöbeleien, Zerstörungen und Übergriffe im öffentlichen Nahverkehr, aber auch Überfälle, räuberische Erpressung und Sexualdelikte. Während in Deutschland die Probleme vielfach noch überwiegend heruntergespielt und vertuscht werden (indem man sie in zufallsbedingte Einzelfälle „verwandelt“) und keine systematisierte Erfassung zuwanderungsbedingter Anomieerscheinungen erfolgt, sind aus den europäischen Nachbarländern gleichfalls erschreckende Nachrichten zu hören. Das betrifft nicht etwa nur die Ausschreitungen in den Vororten französischer Großstädte, sondern auch die Gewaltexzesse marokkanischstämmiger Jugendlicher in den Niederlanden oder aber die Gewaltaufmärsche von muslimischen Jugendbanden in Dänemark und Schweden.

Die objektiv überforderte sozialökonomische Integrationsfähigkeit des postfordistischen Kapitalismus findet demnach ihre negative Ergänzung in der soziokulturellen Integrationsunwilligkeit und -unfähigkeit großer Teile der zugewanderten Muslime, die einem orthodox-konservativen Islam anhängen und sich darauf gründende Sozialisationsmilieus bilden. Insgesamt hat sich in Deutschland und europaweit ein immigriertes, bildungsschwaches, sich erweitert reproduzierendes Subproletariat insbesondere islamischer Herkunft herausgebildet, das folgende Kernmerkmale aufweist:

- (a) eine dauerhafte Inanspruchnahme sozialer Transfer-, Unterstützungs- und Förderleistungen der Aufnahmegesellschaft,
- (b) eine auf Abgrenzung und religiös-kulturelle Identitätspflege bedachte ‚Anerkennungspolitik‘ und
- (c) eine mitunter auch offen zur Schau gestellte Verachtung der säkular-demokratischen Lebenskultur der alimentierenden Aufnahmegesellschaft.

Die daraus resultierenden gesellschaftlich destabilisierenden Folgen sind

- 1) ein wachsendes Anomiepotential in Gestalt bildungsschwacher, unqualifizierter, fehlsozialisierter Zuwanderer der zweiten, dritten und vierten Generation mit einem reaktionären, gewaltaffinen und teilweise kriminogenen Bewusstseins- und Verhaltensprofil;
- 2) ein wachsender Kostenapparat, der sich aus folgenden Teilbereichen zusammensetzt: a) dauerhafte Sozialtransferleistungen für den großen sozialökonomisch nicht integrierbaren Teil der Zuwanderer; b) hohe Aufwendungen für den vielfach dysfunktionalen und erfolglosen Sektor der Integrationsindustrie sowie c) zunehmender Mitteleinsatz zur Bekämpfung und Eindämmung der sozialpathologischen Folgen gescheiterte Integration in Form zahlreicher Reparaturmaßnahmen²⁷ und
- 3) die Erosion des inneren Bürgerfriedens durch Eskalation von multiplen Konflikten zwischen Einheimischen und normativ divergenten Zuwanderern sowie die weitere politische Zersplitterung und Gegensatzbildung innerhalb der Gesamtbevölkerung (destabilisierender Hyperpluralismus).

Insgesamt ergibt sich daraus die bereits deutlich spürbare Tendenz des Zerfalls des gesellschaftlichen Zusammenhalts auf sozialökonomischer, soziokultureller und politischer Systemebene.

²⁶ James Brandon, Salam Hafez: Crimes of the Community. Honour-based Violence in the UK. www.socialcohesion.co.uk/pdf/CrimesOfTheCommunity.pdf

²⁷ Wie der österreichische Kriminologe Friedrich Lösel ausgerechnet hat, kostet ein Kind, das zuerst in der Schule mobbt und prügelt und dann als Krimineller endet, dem Staat eine Million Euro. Dieser Betrag setzt sich aus Betreuungskosten, Gerichtskosten, Therapeuten und Heimaufenthalten zusammen. http://www.krone.at/krone/S25/object_id__123881/hxcms_popup/index.html

VI. Schlussfolgerung

Als Fazit lässt sich demnach der folgende reproduktive Problemkreislauf gesellschaftlicher Desintegration mit folgenden Schlüsselkomponenten festhalten:

(1) muslimisches Heiratsgebot – (2) Zwangsheirat – (3) staatlich geduldete Familienzusammenführung/Einwanderung zwangsverheirateter (bildungsschwacher) Ehepartner – (4) Gründung staatlich alimentierter dysfunktionaler/desintegrativer Sozialisationsinstanzen – (5) schulischer Misserfolg des Nachwuchses – (6) Dauerarbeitslosigkeit – (7) anomische Verhaltensweisen – (8) steigender gesellschaftlicher Reparaturaufwand und Kostendruck.

Aktuell befindet sich die deutsche Gesellschaft inmitten einer endogen verursachten spätkapitalistischen Systemkrise. Anstatt nun eine zusätzliche Destabilisierung der Gesellschaft in Form der Festsetzung, Ausbreitung, Anerkennung und Alimentierung integrationsresistenter islamischer Sozialisationsmilieus weiterhin zuzulassen, gilt es vielmehr, eine integrationspolitische Umwälzung vorzunehmen. Ausgangspunkt hierfür muss die Grunderkenntnis sein, dass sowohl die kulturell-normativen als auch die daraus hervorgehenden qualifikatorischen Divergenzen zwischen (a) der Subjektivität der konservativen und streng gläubigen Muslime und (b) den Anforderungen, Bedeutungen, Lebensweisen - und -risiken der spätkapitalistischen deutschen Aufnahmegesellschaft zu groß sind, als dass sie wirklich in Form einer gelingenden Integration gelöst werden könnten.

Deshalb sind zwei gesellschaftspolitische Großprojekte gleichzeitig in Angriff zu nehmen:

1) Eine rasche Umsteuerung der Zuwanderungspolitik, die den Zustrom von religiös-reaktionär sozialisierten und bildungsfernen (integrationsresistenten) Migranten stoppt und den Zuzug von demokratisch gesinnten und bildungsorientierten (integrationsfähigen) Zuwanderern fördert. Die rechtliche Duldung und finanzielle Förderung/Alimentierung repressiv-grundrechtswidriger Sozialmilieus muss überwunden werden.

2) Eine Politik des Aufbrechens und der konsequenten kulturellen Modernisierung der orthodox-islamischen Sozialisationsmilieus. Es kann nicht darum gehen, „den Islam ein-(zu)bürgern“ (dabei handelt es sich schlichtweg um ein integrationspolitisches perpetuum mobile). Es geht vielmehr darum, den einzelnen Zuwanderer aus islamischen Gesellschaften in die kulturelle Moderne mit ihren emanzipatorischen Potentialen, Rechten und Pflichten hineinzuholen.

Integrationspolitisch reicht es deshalb nicht aus, sich mit der Binsenweisheit zufrieden zu geben, dass nicht alle Muslime Terroristen sind, wenn auf der anderen Seite die grundrechtswidrigen Einstellungen und Praktiken der „streng Gläubigen“ tabuisiert werden. Statt islamophiler Legendenbildung muss vielmehr ein offensiver säkular-demokratischer Grundkonsens erarbeitet und artikuliert werden, der den Muslimen in Politik, Medien, Schulen, Gerichten etc. klar und deutlich erklärt: „Wir dulden hierzulande nur einen grundrechtskonformen Reformislam. Einen Prozess der Etablierung islamischer Herrschaftskultur werden wir nicht zulassen. Die Zeit der Verwechslung von Toleranz und Ignoranz ist vorbei“.²⁸

²⁸ Zu den programmatischen Details einer veränderten Zuwanderungs- und Integrationspolitik vgl. Krauss 2008, S. 398-409, die Grundsatzerklärung des Zentralrats der Ex-Muslime (<http://www.ex-muslime.de/indexVerein.html>) sowie die Abschlusserklärung der Kritischen Islamkonferenz vom 1. Juni 2008 (<http://www.kritische-islamkonferenz.de/erkl.pdf>).

Literatur:

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Bonn August 2005.

7. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland (Dezember 2007).

Birg, Herwig: Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland, Bielefeld 2001.

Brettfeld, Katrin; Wetzels, Peter: Junge Muslime in Deutschland: Eine kriminologische Analyse zur Alltagsrelevanz von Religion und Zusammenhängen von individueller Religiosität mit Gewalterfahrungen, -einstellungen und -handeln. In: Islamismus. Texte zur inneren Sicherheit. Herausgegeben vom Bundesministerium des Innern. 2. Aufl. Berlin 2004.

Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion und Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen. Autoren: Katrin Brettfeld und Peter Wetzels unter Mitarbeit von Ramzan Inci, Sarah Dürr, Jan Kolberg, Malte Kröger, Michael Wehsack, Tobias Block und Bora Üstünel. Hamburg, Juli 2007.

Cileli, Serap: „Lieber sterben als Heiraten“. Türkische Mädchen in der Türkei und in Deutschland. In: Terres Des Femmes (Hrsg.): Zwangsheirat. Lebenslänglich für die Ehre. Tübingen 2002.

Hönekopp, Elmar: Statement zum Nationalen Integrationsplan AG 3: Situation und Perspektiven von Migranten auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland - Ein Problemaufriss in 14 Berufen. In: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Nationaler Integrationsplan Arbeitsgruppe 3 „Gute Bildung und Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“. Dokumentation des Beratungsprozesses, Bonn 2007, S. 158-166.

Kelek, Necla: Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes. Köln 2006.

Krauss, Hartmut: Islam, Islamismus, muslimische Gegengesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme. Osnabrück 2008.

Landeskommission Berlin gegen Gewalt: Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin. Bericht und Empfehlungen einer von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingesetzten Arbeitsgruppe. Berlin 2007.

Laqueur, Walter: Die letzten Tage von Europa. Ein Kontinent verändert sein Gesicht. Berlin 2006. 2. Auflage.

Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise. Gräfeling 2006.

Miegel, Meinhard, **Wahl**, Stefanie, **Schulte**, Martin: Von Verlierern und Gewinnern - Die Einkommensentwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Bonn 2008.

Pfeiffer, Christian; **Wetzels**, Peter: „Junge Türken als Täter und Opfer von Gewalt“. KFN-Forschungsbericht Nr. 81, Hannover 2000.

PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland - Was wissen und können Jugendliche? Münster, New York 2005.

Reißlandt, Carolin: Integration und Arbeitsmarkt. www.bpb.de/themen/544H4S.html

Roloff, Juliane: Die alternde Gesellschaft – Ausmaß, Ursachen und Konsequenzen. In: Breit, Gotthard (Hrsg.): Die alternde Gesellschaft, Schwalbach/Ts. 2004, S. 9-30.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2004.

Tibi, Bassam: Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration. Stuttgart München 2002.

Zentrum für Türkeistudien: Euro-Islam. Eine Religion etabliert sich in Europa. Stand, Perspektiven, Herausforderungen. ZfT - Aktuell 102, November 2004.